



09.09.2020 Politik ⌚ 5 Minuten Lesedauer

«Präsidentaldepartement macht einen desolaten Eindruck»

Die Debatte im Grossen Rat zum GPK-Bericht und Elisabeth Ackermann verlief heftig. Zum Dossier-Entzug kommt es nicht.



Die Regierungspräsidentin wirkte distanziert und müde an der heutigen Debatte. Die letzten Wochen haben ihr offenbar zugesetzt. Bild: Screenshot Livestream Grosser Rat

Am Mittwoch hat der Grosse Rat den Sonderbericht der Geschäftsprüfungskommission (GPK) zum Historischen Museum Basel für dringlich erklärt und über mehrere Stunden behandelt.

Im Fokus stand das Präsidialdepartement aber vor allem Regierungspräsidentin Elisabeth Ackermann (Grüne) im Zusammenhang mit Konflikten auf der Führungsebene beim Historischen Museum, die mit der Freistellung von Museumsdirektor Marc Fehlmann ihren Höhepunkt fand.

Die GPK hatte in ihrem Bericht scharfe Kritik am Präsidialdepartement und Ackermann geübt. Sowohl das Museumsgesetz wie auch das Personalrecht seien missachtet worden.

Heftige Kritik der Geschäftsprüfer

Konkret habe die Departementvorsteherin die Selbständigkeit des Museums ignoriert und die Öffentlichkeit «irreführend» informiert. Zudem ist es bei der Unterlagenbeschaffung zu Verzögerungen gekommen.

Die Kommission nahm in ihrem Bericht kein Blatt vor den Mund und kommentierte dies beispielsweise wie folgt:

«Für die GPK bleibt offen, ob es sich um äusserst mangelhafte Dossierführung oder um Fehlinformation handelt. Fest steht für die Kommission aber, dass das Verhalten der Regierungspräsidentin und des PD, namentlich die monatelange Hinhaltenaktik betreffend die Einsichtnahme der Unterlagen, in aller Form gerügt werden muss.»

Im Vorfeld zur Debatte geriet dann der Sonderbericht selbst in die Kritik. Er sei einseitig und «in verschiedenen Punkten inhaltlich unrichtig», verteidigte sich Ackermann in den Medien.

«Die Situation rund um das Historische Museum ist nicht nur ein finanzielles sondern auch ein rufschädigendes Debakel.»

CVP-Grossrätin Beatrice Isler

Ackermann will keine Fehler gemacht haben

Inhaltlich gab es bei der heutigen Ratssitzung im Congress Center, wo das Parlament wegen Covid-19 tagte, keine grossen Überraschungen. Die Diskussion zog sich über ein paar Stunden hin und fand um circa 15 Uhr ein Ende.

Elisabeth Ackermann stellte sich weiterhin auf den Standpunkt, im Rahmen der Gesetzgebung gehandelt zu haben. Man sah ihr aber an, dass sie die ganze Thematik stark mitnimmt.

Die Regierungspräsidentin wirkte distanziert und müde. Ausserdem verzichtete sie zum grossen Teil darauf, sich zu äussern.

Am Schluss bedankte sie sich für die «sehr heftige Diskussion», was etwas merkwürdig anmutete. Ausserdem entschuldigte sie sich für die Verzögerungen bei der Beschaffung der Unterlagen, welche kurz zuvor nochmals zur Sprache gebracht wurden.

Dazu sei es gekommen, weil für die Freigabe erst diverse Abklärungen hätten vorgenommen werden müssen. Konkrete Fehler gestand die Departementvorsteherin nicht ein.

GPK-Präsident und SP-Grossrat Christian von Wartburg seinerseits nahm eingangs zum Vorwurf der Einseitigkeit des Berichts Stellung und unterstrich erneut die Unabhängigkeit, aber auch die Limitierungen der Kommission.

Dennoch bedauerte er, dass der GPK-Bericht von Politik und Medien zum Teil etwas gar sehr zur «Empörungsbewirtschaftung» missbraucht worden sei.



SP-Grossrat und GPK-Präsident Christian von Wartburg verteidigte die vorgehensweise der Geschäftsprüfungskommission. Bild: Screenshot Livestream Grosser Rat

«Rufschädigendes Debakel»

Im bürgerlichen Lager fanden die darauf folgenden Fraktionssprecher klare Worte. CVP-Grossrätin Beatrice Isler machte den Anfang: «Die Situation rund um das Historische Museum ist nicht nur ein finanzielles, sondern auch ein rufschädigendes Debakel», sagte sie.

Sie fuhr fort: «Das Präsidialdepartement macht einen desolaten Eindruck». Es sei dauernd im Schadens-Begrenzungsmodus und so könne ein Departement nunmal nicht funktionieren. Die Fraktion fordere vom Departement, dass man mit Professionalität die «Leitstellen bewirtschaftet». «Es kann doch nicht sein, dass eine Personalie ein Departement derart durchschüttelt.»

Ein Dossier-Entzug, wie es die SVP forderte, würde aber aus Sicht der Fraktion das Problem nicht lösen. Dieser Einschätzung folgten auch alle anderen Fraktionen, mit Ausnahme der SVP, was dann auch im Abstimmungsresultat klar ersichtlich war. Der Antrag wurde mit 72 zu 13 Stimmen bei 5 Enthaltungen versenkt.

Obschon FDP-Präsident Luca Urgese der Ratslinken «politisch motivierte Ablenkungsmanöver» vorwarf, war für die Freisinnigen dennoch klar, dass sie den Antrag der SVP zum Dossier-Entzug ablehnen würden.

Diesen Entschied könne das Volk im Herbst bei den Regierungsratswahlen selber fällen.



FDP-Präsident Luca Urgese warf der Ratslinken politisch motivierte Ablenkungsmanöver vor. Bild: Screenshot Livestream Grosser Rat

«Inquisitorische Tonalität»

Das Grüne Bündnis stand – wie bereits im Vorfeld bekannt – geschlossen hinter ihrer Regierungsrätin. Grünen-Grossrat Jürg Stöcklin sprach von «extremer Kritik» im GPK-Bericht, welche nicht nachvollziehbar und aufgrund der «dürftigen Faktenlage» schwierig zu beweisen und sehr einseitig sei.

Auch enervierte er sich über die «Skandalisierung» der Sache in der Öffentlichkeit. Den Bürgerlichen warf er zudem Wahlkampfaktik vor.

Bemerkenswert war auch die Wortmeldung von Basta!-Grossrat Beat Leuthardt. Obschon er selber Mitglied in der GPK ist, gefalle ihm «die Tonalität» des Berichts nicht. Sie habe etwas «Inquisitorisches».

Leuthardt nahm aufgrund dringlicherer Aufgaben im Zusammenhang mit der Corona-Krise eine Zeit lang nicht an den GPK-Sitzungen teil. Trotzdem liess er es sich nicht nehmen, heute dazu Stellung zu beziehen. Aus den Fakten liesse sich die Kritik im Bericht nicht rechtfertigen. Die Kommission sei schlicht beleidigt, weil es bei der Unterlagenbeschaffung zu Verzögerungen kam.

Unschlüssige Sozialdemokraten

Am interessantesten war dann der Standpunkt der Sozialdemokraten. Fraktionssprecher

Thomas Gander sprach etwas verschlüsselt um die Angelegenheit herum und schaffte es schlussendlich, sowohl Elisabeth Ackermann sowie die GPK für ihre Arbeit zu loben.

Die Fehler sah er weder bei der Regierungspräsidentin, noch sei der Bericht einseitig oder fehlerhaft gewesen. Vielmehr sei das Museumsgesetz das Problem. Die Führung der Dienststelle bei gleichzeitiger Unabhängigkeit des Historischen Museums sei in der Praxis nicht umsetzbar und führe somit zu solch «unmöglichen Führungs-Konstellationen».

Es liege deshalb am Grossen Rat, rechtliche Anpassungen zu machen. Schlussendlich hiess die SP-Fraktion den Sonderbericht gut. Bis zum Schluss war allerdings nicht so recht klar, wo die Sozialdemokraten bei der Sache genau stehen.

Der GPK-Bericht wurde schliesslich mit 66 Ja-Stimmen zu 12 Nein-Stimmen bei 11 Enthaltungen angenommen. Die darin enthaltenen Empfehlungen lauten wie folgt:

1. Die GPK erwartet vom Regierungsrat, dass die im geltenden Museumsgesetz festgelegten Verantwortlichkeiten und Zuständigkeiten eingehalten werden und insbesondere die in §6 formulierte «inhaltliche, organisatorische, personelle und finanzielle Selbständigkeit» im Handeln berücksichtigt wird.
2. Die GPK erwartet, dass auch Personaldossiers von Kader-angestellten gemäss den kantonseigenen Richtlinien lückenlos in den dafür vorgesehenen Abteilungen geführt werden.
3. Die GPK erwartet, dass die Erkenntnisse aus der actori-Betriebsanalyse in die weitere Strategieplanung der Regierung zum HMB einfliessen.
4. Die GPK verlangt von der Regierung, dass die den Oberaufsichtskommissionen des Grossen Rates zustehenden Rechte hinsichtlich der Einsichtnahme in «sämtliche staatliche Akten» gemäss §69 Abs. 4 der Geschäftsordnung jeweils uneingeschränkt und unverzüglich gewährt werden.

Die kostenlose Prime News-App – jetzt herunterladen.

📄 [App-Store Apple](#)

📄 [Google Play](#)